O-05-149-2 Erneuern wir das Versprechen unserer Demokratie!

Antragsteller*in: Kreisverband Hamburg-Wandsbek
Beschlussdatum: 07.11.2026

Änderungsantrag zu O-05

Von Zeile 148 bis 149 einfügen:
Abbau einer immer weiter ausufernden Fördermittelbürokratie zu Gunsten struktureller Gestaltungskraft der Kommunen.
Die Klimakrise ist längst keine abstrakte Zukunftsgefahr mehr und der Schutz der Bevölkerung vor den Folgen der Klimakrise gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen deshalb Klimaanpassung zu einer verbindlichen Aufgabe staatlichen Handelns machen. Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Insbesondere unsere Städte und Gemeinden brauchen dafür eine verlässliche finanzielle Ausstattung und ausreichende Handlungsspielräume. Demokratie muss sich auch daran messen lassen, ob sie die Lebensbedingungen der Menschen konkret verbessert und sie vor vermeidbaren Gefahren schützt.

Begründung

Die EU-Kommission rechnet aktuell mit einer Temperaturerhöhung von 2 °C bis 2050 und 3 °C bis 2100, allein in Deutschland sind durch die Hitze mehrere Tausend Tote zu beklagen und volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von mehreren Milliarden entstanden. Die Wetterextreme werden zunehmen und daraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit für Anpassungsmaßnahmen.